

Zielińska konzentriert sich in ihrem Beitrag auf die Vermittler polnischer Literatur und Michael Špirit auf die tschechischen Autoren und ihre Kontakte zu Suhrkamp.

Augenfällig ist, dass Suhrkamp während des Kalten Krieges im Bereich der russischen Literatur und Literaturtheorie auf Dichter, Autoren und Theorien der ersten Hälfte des 20. Jh. zurückgriff. Übersetzt und publiziert wurden Werke Marina Cvetaevas und Andrej Belys sowie Titel zum russischen Formalismus. Zu den zentralen Mittlerfiguren der russischen Literatur und Literaturtheorie gehörten u. a. der Slawist Wolfgang Kasack und der Übersetzer, Schriftsteller und Publizist Alexander Kaempfe. Die polnische Literatur wurde u. a. durch Autoren der Gruppe 47 und Lektoren wie Peter Urban vermittelt, der auch die tschechische Literatur aufmerksam beobachtete und betreute.

Leider fehlt eine Einordnung der Autoren aus Osteuropa in die politischen Rahmenbedingungen und damit letztlich auch eine daraus resultierende Charakterisierung des Suhrkamp-Verlags. In den Beiträgen finden sich Hinweise darauf, dass die Autoren in ihren Heimatländern publizieren durften und über offizielle Stellen vermittelt wurden. War Suhrkamp also ein Verlag für arrivierte, staatstreue osteuropäische Autoren?

Eine Schwachstelle des Bandes ist sein teils inkohärenter Aufbau. Der gleich an die Einleitung anschließende Beitrag Raabes irritiert zunächst, da hier die methodischen Leitlinien ignoriert werden und ein erzählender Stil vorherrscht. In ihrem lesenswerten Exkurs berichtet die Suhrkamp-Lektorin über das von ihr seit dem Jahr 2000 betreute Osteuropa-programm. Zeitlich und stilistisch wäre der zweite Beitrag besser als Ausblick geeignet gewesen, um nur ein Beispiel zu nennen.

Insgesamt ist es den Tagungsteilnehmern gelungen, eine bislang unbeachtete Seite der Suhrkamp-Kultur in Ansätzen zu rekonstruieren. So klein der Bereich der osteuropäischen Literatur innerhalb des Verlags auch war, spiegelte er die Probleme und Errungenschaften der politischen Annäherung an Osteuropa bis in die 1980er Jahre im Verlagsprogramm und den Netzwerken des elitären bildungsbürgerlichen Verlags der Bundesrepublik doch wider. Damit leistet der Band einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des Kulturtransfers zwischen Osteuropa und der Bundesrepublik in der Phase des Kalten Krieges.

Berlin

Maria Birger

David Kowalski: Polens letzte Juden. Herkunft und Dissidenz um 1968. (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Bd. 30.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2018. 243 S., Ill. ISBN 978-3-525-37068-1. (€45,-)

Im Zuge der antisemitischen Kampagne von 1968 sahen sich Tausende polnische Bürger jüdischer Herkunft zur Auswanderung gezwungen. Zwar folgten 1967 im Zusammenhang mit dem Sechstagekrieg alle Staaten des Warschauer Paktes der antiisraelischen Politik der Sowjetunion, aber nur die Volksrepublik Polen nutzte diesen Kurs zu einer „Säuberung“ des Parteiapparats und des öffentlichen Lebens von Personen jüdischer Abstammung. Trotz der Fülle an Publikationen sowohl über die oppositionelle Bewegung als auch über die antisemitische Kampagne von 1968 seit den 1990er Jahren sieht David Kowalski eine „fundamentale Forschungslücke“ (S. 24), da bisherige Studien entweder nur die Oppositionsbewegung in den Blick genommen oder sich auf deren jüdische Aspekte konzentriert hätten.

In seinem Fokus steht eine in der oppositionellen Bewegung führende Gruppe von Studierenden der Warschauer Universität, deren Mitgliedern gemeinsam war, dass sie (meist kommunistische) Eltern jüdischer Herkunft in gehobenen beruflichen Positionen hatten. Außerdem gehörten viele dieser jungen Leute Anfang der 1960er Jahre als Schüler*innen dem informellen „Klub der Widerspruchsuchenden“ in Warschau an, in dem sich (bis zu seiner erzwungenen Auflösung 1963) bis zu 60 Jugendliche zu Diskussionen über Politik, Philosophie und Kultur trafen. Obwohl die jüdische Herkunft für die Studierenden allenfalls eine untergeordnete Rolle spielte, teilten sie durch diese ein bestimmtes soziales Mi-

lieu mit einem spezifischen Erfahrungshintergrund. Ihre soziokulturellen Prägungen und politischen Werte sind Gegenstand der Untersuchung.

Als Quellenbasis dienen 20 vom Vf. geführte Interviews sowie autobiografische Texte, amtliche Dokumente (Berichte und Protokolle des Ministeriums für Innere Sicherheit, Gerichtsprotokolle), aber auch biografische Texte von Eltern der Akteure, in denen K. den Schlüssel zur Beantwortung seiner Fragestellung sieht.

Als im Januar 1968 die Absetzung von Adam Mickiewicz' *Dziady* (Ahnen, 1832) vom Spielplan des Nationaltheaters verfügt wurde, da alle gegen den Zaren gerichteten Zitate mit frenetischem Applaus bedacht worden waren, richtete der Dissident Jacek Kuroń zusammen mit Freunden um Adam Michnik und Jan T. Gross eine Protestschrift an den Sejm. Damit habe, so zitiert K. aus einem Gespräch von Michnik mit Daniel Cohn-Bendit, „die kleine Gruppe rebellierender kommunistischer Dissidenten die nationale Fahne in die Hand“ (S. 54) genommen – zur Verteidigung der polnische Nation. Am 8. März folgte auf dem Warschauer Universitätsgelände eine Protestkundgebung mit rund 1200 Studierenden, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit forderten und staatliche Repressionen verurteilten; sie bildete den Auftakt zu landesweiten Studentendemonstrationen. Das Regime reagierte mit Polizeieinsätzen, Verhaftungen und Hetzkampagnen gegen „Aktivisten“ und „Rädelführer“. Einzelne wurden als „Juden“ identifiziert, namentlich benannt und einer „Verschwörung“ bezichtigt.

Ausgehend von den antisemitischen Reaktionen der Regime-Presse auf den Studentenprotest macht der Vf. bei Innenminister Mieczysław Moczar, dem in der VR agierenden Vorkriegsfaschisten Bolesław Piasecki und dem nationalistischen Vorkriegspolitiker Roman Dmowski einen gemeinsamen ideologischen Kern sichtbar. Sie seien sich trotz gegensätzlicher Positionen darüber einig gewesen, „dass polnische Zugehörigkeit maßgeblich durch Ethnizität bestimmt sei“ (S. 67). Auch Władysław Gomułka, seit 1956 Vorsitzender der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, verwandte 1968 fast wörtlich Kategorien Dmowskis.

Diese Entwicklung hin zu einer exkludierenden ethnischen Argumentation in der Partei stand den politischen Vorstellungen der Oppositionellen, die sich „in der Tradition eines pluralistischen und kulturell geformten Verständnisses von Polonität“ (S. 97) sahen, diametral entgegen. Der Vf. weist darauf hin, dass Michnik schon 1964 Kurońs und Karol Modzelewskis „Offenen Brief“ kritisierte, der die Diskrepanz zwischen marxistischem Anspruch und bürokratischer Wirklichkeit anprangerte und eine wirkliche „Arbeiterdemokratie“ forderte (was auch für die Neue Linke in Westeuropa und den USA bedeutsam war). Michnik bemängelte, dass darin die Forderung nach der nationalen Unabhängigkeit Polens fehlte. Die Oppositionellen von 1968, die im Marxismus kein dogmatisches System, sondern „eine lebendige philosophische Inspiration“ im Sinne des Philosophen Leszek Kołakowski sahen, forderten Menschen- und Bürgerrechte und hoben die Bedeutung des Rechtsstaats hervor.

Auffällig ist, dass sich die Oppositionellen 1968 in ihren Flugblättern, „statt den offenkundigen Antisemitismus zu kritisieren und zu skandalisieren“ (S. 155), zurückhielten. Eine Erklärung sieht der Vf. in der speziellen politischen und gesellschaftlichen Sozialisation dieser Gruppe. Ihre Eltern hatten sich für die kommunistische Idee, für Polen und gegen eine Zugehörigkeit zum Judentum entschieden. Die Partikularität dieses Milieus in der Gesellschaft der VR Polen konnte so jedoch nicht aufgelöst werden. Die jungen Oppositionellen wuchsen unter spezifischen Bedingungen auf, die von denen der Mehrheitsgesellschaft abwichen. Dazu gehörten u. a. eine anders gelagerte Haltung zur Sowjetunion, die Nichtzugehörigkeit zur katholischen Kirche sowie mangelnde verwandtschaftliche Netzwerke infolge des Holocaust. Daher blieb das Milieu weitgehend in sich geschlossen. Seine Verbundenheit mit der kommunistischen Utopie sieht der Vf. in der (nicht überwundenen) Minderheitenproblematik der Zwischenkriegszeit begründet. Mit der radikalen Abkehr von der jüdischen Lebenswelt sollte der jüdische Partikularismus überwunden wer-

den. Die „Widerspruchsuchenden“ verstanden ihre Forderungen nach mehr Freiheitsrechten daher als universalistisch.

Diese verdienstvolle Studie gewährt Einblicke in die politischen, sozialen und kulturellen Prägungen junger Oppositioneller und macht das spezifische Milieu sichtbar, aus dem heraus ihr Protest und die Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten erwachsen konnte. Es wird deutlich, dass es im Verhältnis polnischer und jüdischer Geschichte bis heute rivalisierende Konzepte von „Polonität“ gibt. Insgesamt vermittelt diese Arbeit neue Erkenntnisse zum Charakter der Studentenproteste 1968 in Polen und ihrer langfristigen Folgen.

Berlin

Beate Kosmala

Klaus Bachmann: Politik in Polen. (Serie Brennpunkt Politik.) Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2020. 197 S. ISBN 978-3-17-034547-8. (€ 26,-)

Wie konnte Polen vom Muster- zum Problemland der EU werden? Klaus Bachmann, der seit 1988 in Polen lebt und nach seiner Korrespondententätigkeit für verschiedene deutsche Medien eine Professur am Sozialwissenschaftlichen Institut der privaten Warschauer Hochschule für Sozialpsychologie (SWPS) innehat, verknüpft die Frage nach dem Erfolg der rechtspopulistischen PiS-Partei mit einer Überblicksdarstellung der politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Transformation in Polen nach 1989. Dabei betont er die trotz gewaltiger Umwälzungen institutionelle Kontinuität und Stabilität seit 1989, legt aber auch frei, wie der „relative Bruch“ (S. 12) durch die Regierungsübernahme der PiS im Jahr 2015 bereits in Entwicklungen der vorangegangenen Jahre angelegt war.

Im Kapitel zum Demokratisierungsprozess betont B. die Stabilität durch die Beteiligung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am „verhandelten Übergang“ von 1989, sieht aber auch den Nachteil, dass sich Kritik am neuen System dadurch fast ausschließlich im rechten Spektrum gesammelt habe. Im Kapitel zum Staatsaufbau problematisiert B. vor allem den mangelnden Rückhalt für die neue Verfassung von 1997. Ein „Verfassungspatriotismus“ habe sich so als Alternative zu einem kulturell und ethnisch begründeten Nationenverständnis nicht herausbilden können. Interessant ist sein Befund, dass sich durch die Verfassung, aber auch durch den EU-Beitritt 2004 das Machtgewicht zunehmend weg von Parlament und Präsident hin zur Regierung verschoben habe (S. 51 f.).

Polens Außenpolitik, auch in Bezug auf Deutschland, sei in den Jahren nach 1989 von den Konstanten „Westbindung“ und „Sicherung des territorialen Status Quo“ geprägt gewesen. Innerhalb der EU wurde Polen, das sich ab 2004 als Mittler gegenüber den osteuropäischen Nicht-EU-Staaten profiliert hatte, durch die Invasion Russlands in der Ukraine und ab 2015 durch die von „Illusionen und Obsessionen“ (S. 78) geprägte, strategielose Politik der PiS-Regierung geschwächt. Auch die Deutschlandpolitik der PiS sei geprägt von innenpolitischem Kalkül, Unprofessionalität und Ressentiments bis hin zu Verschwörungstheorien, bei gleichzeitigem Respekt – auch aufgrund der Abhängigkeit der polnischen Wirtschaft von Deutschland.

Im Kapitel zu der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschreibt der Vf. die ökonomische Transformation nach 1989, dank stabiler Institutionen und westlicher Unterstützung, als erfolgreich, trotz aller sozialen Härten. Probleme sieht B. vor allem in der demografischen Entwicklung, die zu einer Überlastung der Renten- und Gesundheitssysteme und einer Entfremdung gerade der Jüngeren vom Staat führen könnte, die beide Systeme durch Steuern finanzieren würden, aber ansonsten kaum in den Genuss von Sozialleistungen kämen. Im Schlusskapitel zeichnet B. Genese, Inhalte und Folgen der umstrittenen Justizreformen ab 2015 nach.

B. beschreibt somit eine Reihe von Bruchlinien und Pfadabhängigkeiten, die den „relativen Bruch“ der PiS-Regierungsübernahme 2015 und die heutigen innen- wie außenpolitischen Konflikte nachvollziehbar machen. Gründe dafür sucht er vor allem auf der Ebene der politischen Kultur, einer bei weiten Teilen der politischen Eliten und Bevölkerung ver-